„VERTRAUEN IST CHRISTLICHER ALS KONTROLLIEREN"

SPIEGEL-Gespräch mit dem Kirchenpräsidenten von Hessen und Nassau Dr. Helmut Hild

SPIEGEL: Herr Kirchenpräsident, das Stichwort „Kirchensteuer für Guerillas" beschäftigt Deutschlands Protestanten. Ihre Kirche, die Kirche von Hessen und Nassau, hat als bislang einzige Landeskirche 100 000 Mark aus Kirchensteuermitteln für das Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrates bewilligt. Die lutherischen Landeskirchen sind gegen dieses Programm. Schon gibt es Schlagzeilen, es drohe die Spaltung der Evangelischen Kirche. Wie groß ist die Unruhe in Ihrer hessischen Kirche, gibt es noch mehr Austritte als bisher?

HILD: Der Entschluß hat zu erheblicher Unruhe innerhalb unserer Kirche geführt, und sicher werden auch viele Austritte mit ihm motiviert werden. Aber wir erhalten auch Zuschriften des Inhalts: Aufgrund dieser Entscheidung sehe ich mich doch veranlaßt, es mit dieser Kirche nicht aufzugeben, wie ich es schon vorhatte.

SPIEGEL: Stört es Sie, daß manche Organisationen, die vom Weltrat der Kirchen und von Ihnen unterstützt werden — zum Beispiel die „Volksbewegung zur Befreiung Angolas" —, Geld von westlichen Kirchen und Waffen aus der Sowjet-Union erhält?

HILD: Natürlich ist mir das nicht sympathisch, das ist im Grunde auch nicht zu bejahen. Aber zu bedenken ist, daß das ja die Ausnahme und nicht die Regel ist. Von 40 Anträgen, die an den Weltrat der Kirchen gestellt worden waren, sind 21 abgelehnt worden — vermutlich größtenteils wegen dieser Verquickung.

SPIEGEL: Wir sind nicht gegen die Unterstützung solcher Organisationen. Wir möchten Sie nur fragen, ob es Christenpflicht ist, sie zu unterstützen. Darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Der Präsident des Lutherischen Weltbundes, der Finne Mikko Juwa, hat es einen „Akt des Glaubens" genannt, das Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrates zu fördern. Umgekehrt hat die Generalsynode der deutschen Lutheraner erklärt, die Kirche verfehle ihren Auftrag, wenn sie so handele.

HILD: Zunächst einmal zeigen diese Äußerungen, wie ernst das Problem von Befürwortern wie Gegnern genommen wird.

SPIEGEL: Ist es nun eine Ermessensfrage, die jeder Christ und jede Kirche so oder so entscheiden kann, oder ist es eine Glaubensfrage, bei der es nur entweder eine christliche oder aber eine nichtchristliche Antwort gibt?

HILD: Es ist meines Erachtens keine Glaubensfrage in dem Sinne, daß hier der Status confessionis gegeben wäre, das heißt also, vom christlichen Glauben her kann die Entscheidung sowohl dafür als auch dagegen fallen.

Hild (3. v. l.) beim SPIEGEL-Gespräch in der Darmstädter Kirchenverwaltung*

SPIEGEL: Ob ein Christ die Gewalt unterstützen darf, ist also Ansichtssache?

HILD: Das überspitzen Sie jetzt. Dem Weltrat der Kirchen geht es ja keineswegs darum, die Gewaltanwendung zu bejahen, sondern er wollte Gruppen, die ihrerseits unter Gewalt leiden und das nicht gewaltlos hinnehmen können und wollen, ein Zeichen der Solidarität mit ihrem Ringen um Freiheit und Gerechtigkeit geben.

SPIEGEL: Gegen ein solches Zeichen haben auch Christen nichts, die aber, wie der Bonner Minister Eppler und Ivan Illich, der nach Camilo Torres und Helder Câmara populärste Priester Lateinamerikas, in einem Punkt anscheinend anders denken als Sie. Deren Ansicht ist: Gegen Gewalt dürfen nur einzelne Christen, darf nicht die Kirche kämpfen.

HILD: Das entspricht genau unserer Überzeugung, da unterscheiden wir uns überhaupt nicht. Der Beschluß unserer Synode bejaht nicht die Gewaltanwendung. Er bejaht, daß Christen oder Kirchen rassisch unterdrückte Gruppen humanitär unterstützen dürfen, auch wenn sie notfalls zur Gewalt greifen.

SPIEGEL: Ihnen kommt es doch aber im Unterschied zu Eppler und Illich darauf an, daß die Kirche handelt und eben nicht einzelne Christen.

HILD: Man muß durchaus eine verschiedene Verantwortung sehen. Der einzelne Christ kann und muß sich politisch entscheiden, die Kirche als Institution kann dies zweifellos nicht. Die Frage ist nur, ob es nicht Situationen gibt, bei denen Entscheidungen, die in das Politische hineinreichen, doch so stark mit christlichen Grund-

„KIRCHENSTEUER FÜR GUERILLAS"

lautet der Vorwurf vieler Geistlicher und Laien gegen die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (2,3 Millionen Mitglieder). Sie hatte Ende Oktober 100 000 Mark für den Anti-Rassismus-Fonds des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) gespendet, aus dem 19 zumeist farbige Freiheitsbewegungen unterstützt wurden – darunter auch militante Organisationen wie etwa Frelimo in Moçambique (SPIEGEL 43/1970).

Obgleich alle Empfänger versprochen haben, die Spenden nur für humanitäre Zwecke zu verwenden, distanzierten sich die meisten bundesdeutschen Landeskirchen von diesem ÖRK-Projekt. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Landesbischof Dietzfelbinger (München), schloß sich der nahezu einstimmigen Ansicht der lutherischen Generalsynode an, die Kirche dürfe auch indirekt keinerlei Gewalt unterstützen. Einen gemeinsamen Beschluß über das ÖRK-Programm schob der EKD-Rat jedoch auf, um im Dezember noch den ÖRK-Generalsekretär Eugene C. Blake zu hören.

Viele Protestanten kritisierten diese abwartende Haltung. Der innerkirchliche Streit erreichte seinen Höhepunkt, als die hessen-nassauische Kirche mit ihrer Spende vorprellte.

Kirchenpräsident Helmut Hild, 49, der vor dem EKD-Rat den Spendenbeschluß seiner Synode begründen muß, bekleidet in Darmstadt das Amt, das Martin Niemöller von 1947 bis 1964 innehatte. Wie U-Boot-Kommandant Niemöller war auch Fallschirmjäger Hild erst Offizier, bevor er Theologie studierte. 1951 wurde er Seelsorger einer Westerwald-Gemeinde, neun Jahre später Pfarrer für Öffentlichkeitsarbeit in Frankfurt und bald darauf Synodaler der hessisch-nassauischen Kirche. Als Niemöller-Nachfolger Professor Wolfgang Sucker schon nach kurzer Amtszeit starb, rückte Hild im März vergangenen Jahres an die Spitze der Kirchenleitung auf.

* Mit Peter Stähle (l.), Jörgen Pötschke (r.), Oberkirchenrat Karl Herbert.